

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abo-Preis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, mit einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen jährlich 8.00 M., unter Bezug auf für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Geschäftsteile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 11,10 Uhr freitags in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104.

Dresden, Montag den 8. Mai 1916.

27. Jahrg.

## Die Höhe 304 genommen. — 1600 Franzosen gefangen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Mai 1916.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Die in den letzten Tagen auf dem linken Maasufer in das Hauptheide durch tapferen Pommern unter großen Erfolgen haben gehabt. Trotz hartnäckiger Gegenwehr und wütenden Gegenstößen des Feindes wurde das ganze Grabensystem am Nordhang der Höhe 304 genommen und unsere Linie bis auf die Höhe selbst vorgehoben. Der Gegner hat außerordentlich blutige Verluste erlitten, so daß an unverwundeten Gefangenen nur 40 Offiziere, 1200 Mann in unsere Hände fielen. Auch bei Entlastungsvorstößen gegen unsere Stellungen am Weihange des Zooten Mauern wurde er mit starker Einbuße überall abgewiesen. Auf dem Ostufer entspannen sich wiederum des Schöpfer Thiaumont erbitterte Gefechte, in denen der Feind östlich des Schöpfer Thiaumont seine Truppen n. a. Reger entgegenstellt. Ihr Angriff brach mit Verlust von 300 Gefangenen zusammen.

### Der französische Heeresbericht.

Paris, 8. Mai. Im Laufe eines Sturms hatten sich vor gestern am 20. unserer Fesselballons von ihren Haltestellen entfernt. Einige von ihnen wurden in die deutschen Lüften entführt, andere fielen in die französischen Lüften nieder. Die Mehrzahl der Beobachter konnte durch den Gebrauch ihres Fallschirms in sicherer Höhe kommen. Man ist ohne Nachricht davon, die in die feindliche Zone geführt worden sind.

Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend: Auf dem linken Maasufer folgte der außerordentlich heftigen Belagerung, die diese Bause seit zwei Tagen in der Gegend der Höhe 304 andauert, kommt ein starker deutscher Angriff auf unsere Front zwischen der Höhe 304 und dem Zooten Mauern. Er wurde auf allen Teilen mit ersten Geschossen zurückgeworfen, die Feinde durch unsere Maschinengewehre und das Feuer unserer Batterien zugefügt wurden, die Feinde die deutschen Lüften beschädigten. Auf dem rechten Ufer unternehmen die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung mehrere ununterbrochene Angriffe auf unsere Stellungen, die Waffen am Haardmont und dem Fort von Douaumont. Auf dem westlichen Teile dieser Front führte der feindliche Angriff in einer

französische Truppen festgestellt. Hierauf hat der Feind im Massengebiete nun mehr, wenn man die nach voller Befriedigung zum zweiten Male eingestellten Teile mitzählt, die Kräfte von 31 Divisionen aufgewendet und damit reichlich das Doppelte der auf unserer Seite, der des Angreifers, bisher in den Kampf geführten Truppen.

Bon der übrigen Front sind außer negligenzen Patrouillenunternehmungen, so in Gegend von Thiepol und Mirey, keine besonderen Ereignisse zu berichten.

Zwei französische Doppeldecker flügeln nach Flugkampf über der Gote de Froid Terre brennen ab.

### Ostlicher Kriegsschauplatz:

und

### Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

### Oberste Heeresleitung:

Breite von etwa 500 Metern in Zeilen ununterbrochen Linie Fuß. Im Zentrum und oben dieser Front wurden alle Angriffe zum Scheitern gebracht. Im Woerthe-Gebiete besteht Tätigkeit der Artillerie in den Abschüssen am Fuße der Maashöhen. Kein Ereignis von Bedeutung ist von der übrigen Front zu melden, außer der üblichen Artillerietätigkeit. In Belgien schwache Artilleriekampf im Abschluß von Dignybulen, wo unsere Geschütze Chalons am Kanal von Haardmont besiegt.

### Ein englisches Kriegerkommando gefangen.

Berlin, 8. Mai. Am 22. März hielt eines unserer Unterziehende 140 Kilometer westlich der Schweiz die norwegische Parkbrigade von Nolma nach Santa Fé in Argentinien mit Gewalt befreit, unterwegs an und endete dabei, daß sich ein englisches Kriegerkommando in Stärke von einem Offizier, einem Unteroffizier und vier Mann, sämtlich bis auf einen in Spitzenuniform, an Bord befanden. Der Offizier und der Unteroffizier, sowie die Waffen und Munition wurden an Bord des Unterziehenden gebracht. Die Waffen und Munition wurden an Bord des Unterziehenden gebracht. Das englische Kriegerkommando ist dann aufgebrochen und der Ort die Weiterreise nach Santa Fé mit den übrigen vier Kriegermannschaften gestartet.

## Die Handelskonferenzen in Paris.

Ende April tagte in Paris die zweite interparlamentarische Handelskonferenz. Die erste fand bekanntlich am 18. Juni 1914 in Brüssel statt, an der sich damals auch die italienischen zahlreich beteiligten. Die jetzt in Paris abgelöufene Tagung nannte sich zwar „internationale“ Konferenz, war aber bloß von Parlamentarien des Bierverbands besucht, jedoch allerdings auch die Vertreter Russlands schritten. Von allen Seiten wurde ihr privater Charakter unterstrichen und, soweit es sich von der Ferne übersehen läßt, verließen ihre Verhandlungen recht unfruchtbare. Oder vielleicht hat sie doch einen Nutzen gebracht: sie gab den Anstoß, über die Schwierigkeiten eines wirtschaftlichen Zusammenhangs der Verbündeten und über die Schädlichkeit eines Wirtschaftskrieges einmal ernstlich nachzudenken, und siehe da: wie stecktisch auf einmal die Schwärmer dieses Bündnisses geworden sind! So zeigte Zug zu Zug bei der Begrüßung im Luxemburg: „Das Bündnis der Waffen und der Sorgen war leichter zu verwirklichen, als es dasjenige der Interessen sein wird.“

Tatsächlich beschäftigte sich diese Konferenz auch nur mit finanziellen Fragen. Nur behandelt die Transport- und Tarif- und Telegraphenfragen sowie ähnliches mehr.

Dieser Tagung folgt eine Beratung, die sowohl die italienischen und französischen Deputierten, wie auch die italienischen Industriellen eine Warnung erfolgt. Die Economista d'Italia tritt nicht also gegen eine vollständige handelswirtschaftliche Isolation, sondern auch gegen die Zollvereinigung der beiden Seiten, trifft vor allem die wirtschaftlich schwächeren Länder.

Am Juni soll noch eine offizielle Konferenz der Verbündeten in Paris die gleichen Fragen behandeln. Indes wird wahrscheinlich aus all dem nicht viel mehr werden, als aus den Tagungen der mitteleuropäischen Staaten bis jetzt gekommen ist. Man beginnt auch auf der anderen Seite, die statistischen Zahlen etwas mühsam zu betrachten. So zeigt das soeben erschienene Statistik-Jahrbuch für Italien, daß Italien in den Jahren 1908 bis 1912 aus den Zentralmächten, einschließlich Bulgarien und die Türkei, 27,5 Prozent seiner Importe und von seinen Verbündeten 10,5 Prozent erhalten, in den Ländern der Zentralmächte 26,6 Prozent und den Entente-Ländern 27,3 Prozent seines Exports abgibt. Nach welcher Seite hin soll sich also Italien wirtschaftlich wenden? Soviel Deutschland machte den italienischen Unternehmern die stärkste Konkurrenz. 1913 wurden im ganzen für 871,11 Millionen Vire fertige Waren eingeführt; davon kamen allein Deutschland für 398,06 Millionen, also fast 45 Prozent. Gleichzeitig England nur für 123,91 und Frankreich für 129,91

Millionen Vire lieferten. Umgekehrt saufte Frankreich in Italien mehr fertige Waren als Deutschland, nämlich für 40,69 Millionen gegen bloß 38,45 Millionen, vor allem aber England, das für 109,67 Millionen Waren bezog. Dafür lieferte Italien bedeutend größere Mengen von Halbfabrikaten an Deutschland.

Aber abgesehen davon, wird denn Italien etwa von der

Ausschließung des deutschen Wettbewerbs auf dem englischen und französischen Markt Nutzen ziehen, die dem englischen Eisen- und Stahlfabrikate, Erzeugnisse der chemischen oder selbst der elektrotechnischen Industrie erzielen können? Frankreich bezog aus Italien recht wenig, 1911 im ganzen für 33,1 Millionen Franken Fabrikate, dagegen aus Deutschland für 160,9 und aus England für 387,1 Millionen. Ebenso kannte England in Italien 1912 nur für 3,85 Millionen Pfund Salz- und Gangfabrikate, dagegen aus Deutschland für 47,82 Millionen Pfund; die wirtschaftlichen Beziehungen werden eben durch Momente beherrscht, die möglicher als die willkürlichen Zollmauern sind.

Ahnlich leichtlich beginnt man auch in Frankreich über die Zollpläne zu denken. In dieser Beziehung ist der Leiter im Journal des Débats vom 28. April beachtenswert. Darin wird auf die Interessen Frankreichs auf dem englischen Freihandel hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß England auch nach dem Kriege diesem System treu bleiben wird.

Schließlich mögen die russischen Unternehmer sein Schluß daraus, daß sie die englische Konkurrenz ebenso wie die deutsche fürchten. Die russischen Agrarier aber befürchten den Verlust des deutschen Marktes. Russland verkauft nach Deutschland etwa 15 bis 18 Prozent seines Gesamtgetreide-exports, 10 Prozent der Ausfuhr von Vieh und Viehzeugen. Woher sollte denn auch Erholung dafür gefunden werden?

Das ist, soweit man heute von ferne beurteilt kann, die Stimmung, die sich bei einigen Beobachtern des Weltmarktes durchdringen beginnt. Indes darf man keineswegs als vollkommen ausgeschlossen betrachten, daß auch die Entente-Länder zu wirtschaftlichen Repressalien greifen werden, falls die Zentralmächte das Prinzip der Preisbegünstigung durchdrängen sollten. An den Entente-Ländern richtet sich die Agitation der Schutzbauer in der Haupthälfte gegen dieses Prinzip. Indes, nach der Niede Sudans im preußischen Landtag darf man wohl erwarten, daß Deutschland ebenfalls seinen militärischen Krieg vorbereiten wird, der den Anteil... an der deutschen Industrie mehr schaden als nutzen könnte. Auf jeden Fall wird es die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, diesen verheerenden Kriegen entgegenzuwirken,

### Amerika und die deutsche Note.

Über den Eindruck der deutschen Note in Amerika liegen vielerlei und einander widersprechende Meldungen vor. Während die Bureau des Bierverbands, Reuter und Agence Havas, den Eindruck als ungünstig für Deutschland hinstellen möchten, geht aus anderen Meldungen hervor, daß man in Washington zwar nicht voll bestreitigt ist, aber zunächst auch keinen Bruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland für nötig hält. So wird dem holländischen Nieuwe Courant aus Neuenburg gemeldet: „In diesem Augenblick ist ein Bruch unwahrscheinlich. Man nimmt an, daß Präsident Wilson einen Teil der Note als an das deutsche Volkstum gerichtet ansieht. Er soll gezeigt sein, daß Wort Deutschlands anzunehmen, aber wenn Deutschland nur sein Wort nicht halte, werde Wilson ohne weitere Erklärungen die Beziehungen abbrechen. Die Presse sei im allgemeinen gegen einen Abbruch der Beziehungen in diesem Augenblick, obwohl sie die Note für unbefriedigend hält. Die Mitglieder des Kongresses seien im allgemeinen der Auffassung, daß ein Bruch nun unnötig sei.“

Die Köln. Zeit. erhält aus Washington einen Ausdruck ihres Vertreters, dem zu entnehmen ist, daß die deutsche Note, die dort durch Extrablatt veröffentlicht wurde, eine gewaltige Spannung auslöste. Der allgemeine Eindruck sei der, daß die Note des geschicktest geschriebene Schriftstück seit Beginn des Krieges sei, und selbst die Verbundsfreunde gestehen, daß Deutschland damit einen überlegenen Eindruck gemacht habe. Die weitans grösste Wehrheit betrachte sie als zufriedenstellend. Im zweiten Teil allerdings insofern ausweichend, als sie Verbindungen enthalte. Die allgemeine Meinung sei aber, daß sie ausnehmbar sei. Die offiziellen Kreise würden sich vor Einführung des amtlichen Textes der Note nicht äußern.

Weitere Meldungen berichten über die Stimmung in

Amerika:

† Washington, 7. Mai. (Meldung des Neuwalischen Bureaus) Nachdem die deutsche Note eingeschritten war, verlangte, daß Wilson wahrscheinlich nicht vor der nächsten Woche eine Entscheidung treffen werde. Aus den verschiedenen Anlässen, die in amtlichen Kreisen geäußert werden, geht das eine klar hervor, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor den Meinungsaustausch mit den anderen Kriegführenden als ohne Einfluß auf den Meinungsaustausch über das Verhalten Deutschlands betrachten müsse. Die meisten Staaten sind darüber einig, daß Wilson die Note nicht auf den Tod der Note, haben aber das Gefühl, daß es nicht auf die Ausdrucksweise ankommt, wenn nur die Zustimmung eingeht.

Reichstag, 7. Mai. Die Hauptwirkung, die Freitag nachmittags veröffentlicht wurde, ist eine Spaltung der Kriegspartei. Einige Unwahrscheinliche, wie Gloe, erklären, daß Wilson im Recht ist, wenn er die Beziehungen abbreche. Aber ein solches Vorgehen wird allgemein nicht als wahrscheinlich gehalten, da die Mehrheit der Ansicht ist, daß die Note in den Hauptpunkten ein Nachgeben bedeutet. Goering zum Beispiel, Deutschland habe wesentlich Zugeständnisse angeboten. Einige Blätter sind der Ansicht, daß Deutschlands Verlangen, daß die andere kriegsführende Partei nun mehr zur Beobachtung des Völkerrechts angehalten werden soll, Wilson zu einer Aktion drängt. Amliche Kreise in Washington erweisen noch, aber die Tendenz der Presse und die öffentlichen Erklärungen über die deutsche Note können Wilson im Sinne der Annahme der Vorläufe Deutschlands beeinflussen.

Die neutralen Kleinstaaten sind über den Wortlaut der Note bestreitigt und erneut über Deutschlands Bagatellnisse, mit denen für die Neutralen große Gefahren abgewendet würden. Diese Stimmung spiegelt sich auch in einem großen Teile der holländischen und nordischen Presse.

### „Eines der wichtigsten Stücke.“

Amsterdam, 7. Mai. (Telefunion) Nieuws van den Dag schreibt: Die deutsche Note ist eines der wichtigsten Stücke aus diesem Kriege und zugleich aus dem Verhältnis des Völkerrechts, und es ist nicht anzunehmen, daß dieser deutschen Antwort auf das amerikanische Ultimatum ein Abbruch der Beziehungen folgt; denn Deutschland macht umfangreiche Konzessionen, wenn auch nicht alle Forderungen Wilsons bewilligt werden und ein wichtiger und vor allem durch wichtige Motive verteidigter Vorbehalt gemacht wird. Die Note ist ein reines diplomatisches Stück und die deutsche Regierung hat einen gesunden Mittelweg gefunden, um den Kriegern keine Gelegenheit zu geben, sich über eine deutsche diplomatische Niederlage auszuziehen zu treuen. Wahrend Wilson sieht aber vor einem schwierigen Problem, denn auch er muß ein Mittel finden, um Frieden mit Deutschland zu bewahren, seinen Gegnern in der inneren Politik Amerikas keine Waffen in die Hand zu geben und Beleidigungen mit England zu vermeiden, ohne daß Deutschland ihm Partizipate vorwerfen kann.

Hanselblad schreibt: Deutschland bietet Amerika einen teilweisen Waffenstillstand, ein Aufheben des Handelskrieges des U-Boots krieges an in Abwehrung des Ausbildungskrieges der Entente gegen das deutsche Volk erzielt. Deutschland bleibt damit konsequent, denn schon zu Beginn des U-Bootenkrieges erklärte es, die Note nur als Beleidigungsmittel gegen die vollkommenen Abhängigkeiten Deutschlands zu ergreifen und bereit zu sein, sie aufzugeben, vorausgelegt, daß auch die Gegenseite das tut. Das Blatt glaubt, daß die Note für nähere Verhandlungen und nicht für einen Bruch zwischen Deutschland und Amerika Raum gebe. Mit dem Erfolg den Willen über Deutschland errungen hat, ist seine Aufgabe nur größer und schwerer geworden. Er wird als Vermittler im Seetriebe angewiesen, eine Vermittlung, die das Vorrecht für eine allgemeine Friedensvermittlung sein kann. Aber er wird nur von einer Partei angetrieben, und da die Partei nicht die wichtige Kraft gegen Deutschland prägen will, ist die Vermittlung wahrscheinlich das Vorrecht zu bestreitbarem Kampf.

Montag den 8. Mai 1916

## Dresdner Volkszeitung

Amsterdam, 7. Mai. (Telemun) Und glaubt, daß der Beifall der deutschen Regierung, in einer wärmigen, gekrönten Form Amerika vorzusagen, eine gute Wirkung haben wird. Der kleine Niederländische Kontakt beweist die deutsche Seite als keine Feindselig und meint sie ein diplomatisches Schauspiel einen Hauses. Sie mag Amerika in einer Form und aus England für eine eventuelle Wiederaufruhr des U-Bootkriegs mit allen unmittelbaren Folgen verantwortlich. Das ist die düstere Perspektive, welche der Schluß der Note nun deutlich sehen läßt. Der Londoner Korrespondent des kleinen Niederländischen Kontakt schreibt: Die ganze englische Presse behandelt die deutsche Note und probiert, wie sie in Amerika aufgenommen wird. Allgemein ist man der Ansicht, daß Deutschland Zeit gewinnen will. Die Times sagen, die deutsche Regierung verneinte Amerika in einem Zettel mit den Schülern zu verwöhnen.

## Beobachtungen in Norwegen.

zu Christiania, 8. Mai. Die Stimmung ist hier sehr ernst, da die allgemeine Zustellung von der Wirkung der deutschen Note nicht sehr bejubelt ist. Die Großeltern, Meldung über das Biedermeierfest der Alten „Jesu“-Kinder und ein eventuelles Eingreifen der schwedischen Regierung vorausgesetzt, das Gefühl der Unschärfe bedeutend. Die Hauptzeitungen, wie „Aftenposten“ und „Morgenbladet“, enthalten fast auch gestern Abend noch realistische Kommentare, da augenscheinlich wichtige Verhandlungen stattfinden, indem sie Ende 1911 den General-Martellovertrag mit Beendigung bis zum 31. Dezember 1913 fügten. Nun erwarten aus der breiteren Öffentlichkeit, wie eng verflochten die britische Sprengstoffindustrie mit der deutschen war und welcher harten Zeiträume sie sich erfreut. Die internationale Versammlungssitzung der Ausgleichsverhandlungen bildet die mit der Eisontogesellschaft-Berlin lierte Norddeutsche Bank in Hamburg. Die in deutschen Händen befindlichen Anteile des internationalen Nobel-Dynamitkonzerns wurden dem (Kurs?) Wert nach auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der Entgeltsatz von der Norddeutschen Bank, die für etwa 1,8 Millionen Pfund Sterling Trust-Sammelaktien übernahm, durch Übertragung deutscher Interessen, die sich derzeit in England befinden, geleistet werden. Die britischen Trustgenossen garantieren die Rückzahlung der von den deutschen Gesellschaftern gehörenden Anteilswerte nach dem Krieg. Die schwierigen Ausgleichsverhandlungen sind auf Umwegen durch neutrale Diplomaten und Banken geführt worden.

Die enttäuschte Amerikanische Presse?

London, 8. Mai. Das Amerikanische Bureau meldet in Washington: Der apostolische Delegat hat dem Präsidenten Wilson eine Nachfrage des Kapitäns übergeben. Der Inhalt ist geheim. Aber es verlautet, daß diese Nachfrage die Anerkennung eines Bruders zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten widerstreigt.

## Die enttäuschte Amerikanische Presse?

macht kein Hehl daraus, daß sie einen Bruder zwischen Deutschland und Amerika erhofft hatte. Die englische Presse ergiebt sich in Prophesien darüber, wie die Note von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten aufgenommen werden wird. So berichtet die „Aufstellung“ vor, daß Deutschland neuerdings Zeit zu gewinnen trachte. Die Times lenken die Aufmerksamkeit auf das, was sie einen heimtückischen Bruder nennen, die Vereinigten Staaten in einem Zwick mit den Verbündeten zu verwirren. Daily News sagen im Leitartikel, es sei eine wichtige Tatsache, daß den bestimmten Forderungen der Vereinigten Staaten in allen Punkten vollständig ausgewichen wird, oder daß, wenn Angestellte beobachtet werden, sie infolge der Bedingungen, die an sie gefügt sind, einer Ablehnung gleichkommen.

## Italienische Proklamation.

Fiume, 7. Mai. (Telemun) Der italienische Korrespondent des Corriere dicit die Behauptung, die römische Regierung glaube, daß Amerika Deutschland Antwort nicht antnehmen könnte. Der Weißhosen bezeichnet die Antwort als substantiell negativ. Sie bildet, falls Wilson gemeint sei, vor dem Abriss des diplomatischen Beziehungen Zeit zu verlieren einen Vorwand für neue Totschläger. Nach Ansicht dieses Platzen ist Wilson bis an die Grenzen der menschlichen Geduld gegangen. Die jüngsten italienischen Blätter rinnar anstrengend nach dem entsprechenden Schlußwort von London. So enthält das gestrige Abendblatt des Corriere della Sera ein Spezialbericht seines Londoner Korrespondenten, das das erste Anzeichen eines „monumentalen“ Bruchs ist. Es knüpft an die Londoner Presseberichtigungen an, die verlängern, daß Wilson lediglich darüber sein müsse, daß Deutschland den Text der Note den Zeitungen mitteilte, ehe Wilson die Note erhalten konnte. (Was ungutgestellt ist. Die Red.) Damit wird auch die sofortige Einberufung eines Plenarkreises in Washington in Zusammenhang gebracht und über die wahrscheinliche Ablehnung der Note urtheilt. Ein Washingtoner Kabelflugzeug des Corriere della Sera verzögert eine schlechte Stimmung an der Seite Rothschild auf Grund der Londoner Vorberichte, die sie aber bestreite, als der Text mit den neuen Forderungen für die U-Bootkommunikanten bekannt wurde.

## Ein neuer Minister für Irland.

Dubliner Blätter melden, daß der Minister für öffentliche Arbeiten und frühere Kolonialminister Horan auf Stelle des zurückgetretenen Birrell zum Chefsekretär für Irland ernannt worden sei.

## Verurteilte Rebellen.

† Berlin meldet: Gräfin Warlemont ist zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden. Zahlreiche Urteile auf Todesstrafen wurden gefällt, aber in Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer umgewandelt.

Ähnlich wird mitgeteilt, daß die Aburteilung der Waffen in befriedigender Weise vor sich geht. Gestern wurden 36 Personen vor dem Kriegsgericht abgeurteilt. Drei Rebellen wurden zum Tode verurteilt, aber nur einer von ihnen wurde exekutiert; den beiden übrigen wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Haftstrafe verwandelt. Am 2. Mai wurden drei Personen zu je drei Jahren Haftstrafe verurteilt.

Daily Chronicle und Daily News bringen Leitartikel über die neuzeitliche Hinrichtung von vier Rebellen. Daily News sprechen die Hoffnung aus, daß man von seinen weiteren Hinrichtungen in Dublin mehr hören werde. Man dürfe keine neuen irischen Märtyrer mehr schaffen.

## Der Prozeß gegen Sir Roger Casement.

Manchester, 4. Mai. Der Londoner Berater des Mandatsschiff Guards meldet aus London, daß es sich bei dem Prozeß gegen Sir Roger Casement hauptsächlich um die Untersuchung seines Geistesstandes handeln werde.

## Reif für ein Reichsmonopol.

Einem Artikel des Venossohne Huic entnehmen wir folgendes:

Gewisse offizielle Neuheiten lassen mit gesetzlicher Gewalt verbieten, daß man sich im Reichsgebiet mit dem Gedanken der Führung von industriellen Reichsmonopolen vertraut gemacht hat. Die Monopolgewinne sollen mit zum Ausgleich des zu erwartenden kolossal finanziellen Defizits im Reichshaushalt dienen. Ob auch Produktions-, oder nur Handelsmonopole, oder beide in Aussicht genommen sind, ist noch ungewiß. Wunderbarlich ist jedoch, daß unter den diversen Aktionen, für die nach allerhand unkontrollierbaren Mittelungen ein Reichsmonopol geplant sein soll, eines noch nicht bekannt ist, dessen Monopolisierung von Reichs wegen relativ wenig technische und administrative Schwierigkeiten machen würde: die Pulver- und Sprengstoffindustrie.

Die Zahl der Produktionsanlagen in dieser Industrie ist verhältnismäßig klein, ihre Nutzrate und finanzielle Erträge sind über vergleichsweise sehr hoch. Die Sprengstoffindustrie ist seit Jahrzehnten eng kartelliert. Zwischen den deutschen Pulverfabriken (Pulverkartell) und der gesonderten Dynamitgruppe besteht seit langem ein Gewinn- und Verlustverteilungsvertrag, ein finanzielles Abkommen, wie es sich in dieser Eigenart kaum in einer anderen Industrie vorfindet.

Das Abkommen erhielt ein ganz besonderes Gepräge durch seine Ausdehnung auf die dem internationalen Nobel-Konzern angehörenden großen britischen Explosionsstofffabriken. Die nationale Kartellierung der deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken datiert vom 30. September 1889. Daran schloß sich der internationale „General-Kartellvertrag“ mit dem Nobel-Dynamitkonzern, das heißt, mit den britischen Sprengstofffabriken. Durch Zusatzverträge vom 8. Oktober 1897 und 31. Juli 1911 ist der Hauptvertrag ergänzt worden.

Der internationale General-Kartellvertrag wurde am 1. Januar bis zum Jahre 1930 verlängert, er ist jedoch durch den Kriegsausbruch sofort vollauf an die Geltung verloren. Den haben die Vertragsgruppen Redundanz gezeigt, indem sie Ende 1911 den General-Kartellvertrag mit Beendigung bis zum 31. Dezember 1913 fügten. Nun erwarten aus der breiteren Öffentlichkeit, wie eng verflochten die britische Sprengstoffindustrie mit der deutschen war und welche harten Zeiträume sie sich erfreut. Die internationale Versammlungssitzung der Ausgleichsverhandlungen bildet die mit der Eisontogesellschaft-Berlin lierte Norddeutsche Bank in Hamburg. Die in deutschen Händen befindlichen Anteile des internationalen Nobel-Dynamitkonzerns wurden dem (Kurs?) Wert nach auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der Entgeltsatz von der Norddeutschen Bank, die für etwa 1,8 Millionen Pfund Sterling Trust-Sammelaktien übernahm, durch Übertragung deutscher Interessen, die sich derzeit in England befinden, geleistet werden. Die britischen Trustgenossen garantieren die Rückzahlung der von den deutschen Gesellschaftern gehörenden Anteilswerte nach dem Krieg. Die schwierigen Ausgleichsverhandlungen sind auf Umwegen durch neutrale Diplomaten und Banken geführt worden.

Nach Beendigung des General-Kartellvertrages haben die deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken ein besonderes Arrangement getroffen. Ein Pulvergruppe erhält vom Jahre 1914 an 50 Prozent (vormals 40 Prozent), die Sprengstoffgruppe erhält 50 Prozent (vormals 60 Prozent) der zu zuzahlenden Gewinne. Deutlich ist, daß sogar eine gemeinsame Gewinnverteilung durchgeführt werden kann.

Welche finanziellen Erträge für die Reichsfinse zu erwarten sind nach einer Monopolisierung, mögen folgende Angaben erhellern. Der Einfachheit halber habe ich die seit 1915 gezahlte Dividende zusammengelegt bis zu dem jeweils letzten mit bekannt gewordenen Jahresergebnis. Unberücksichtigt sind die in dieser Industrie besonders enormen Abschreibungen und Abschöpfungen von dem Bruttotsergebnis geblieben. Es zahlten:

	Dividende in Prog. des A.-G.
Deutsche Sprengstoffwerke A.-G., Hamburg	1905/1912 15%
Dynamit A.-G. vorm. Nobel u. Co., Hamburg	1905/1912 15%
Sprengstoff A.-G. Karbonit, Hamburg	1906/1914 70%
Georgian Dynamit A.-G., Köln	1906/1914 14%
Rhein. Dynamit A.-G., Köln	1905/1914 14%
Chef. Dynamit A.-G., Köln	1905/1914 214%
Chem. Fabrik A.-G. für Fahr. u. Innova	1905/1914 26%
Panz. Pulverfabr. A.-G., Ingol.	1906/1915 8%
Kar. Dynamit A.-G., Köln	1906/1913 11%
Ber. Kali-Rohreisen-Pulverfabr., Berlin	1905/1914 16%
Welt-Aktien, Sprengstofffabr., Berlin	1905/1914 25%
Dresden Dynamitfabr. A.-G., Dresden	1905/1910 14%

In Zeiträumen von längstens einem Jahrzehnt haben die Aktionäre der deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken bis zu dem doppelten Betrag des Aktienkapitals schon in Form von Dividenden zurückgezahlt. Dazu sind aber von dem Fabrikationsgewinn noch gewaltige Summen für Betriebserweiterungen, überordliche Abschreibungen und außerordentlich hohe Reservefonds verbraucht worden. Beispielsweise betrugen die „offenen Reserven“ bei den Vereinigten Südschottischen Pulverfabriken über 9 Millionen Mark, die „stillen Reserven“ dagegen noch weit höher. Das Aktienkapital beträgt dabei nur 161 Millionen Mark. Räumlich für die letzten beiden Jahre sind in dieser Industrie Abschreibungen in einer Höhe vorgenommen worden, daß selbst ganz neue Werkstattanlagen bereits ganz „abgeschrieben“ erscheinen. Anders möchte man mit der Überschüsse der Gewinne nicht zubleiben, wollte man die hohen Dividenden nicht noch verdoppeln.

Hier ist sicher eine sehr reiche Geldquelle, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Um die Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 410 Tonnen Schießpulver, eingeschlossen nur 68 Tonnen an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 900 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Daß hier eine sehr reiche Geldquelle ist, die sich die geldbedürftige Reichsfinse nicht entgehen lassen soll.

Zur Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Teilhabern am internationalen Nobel-Dynamitkonzern Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Trustgenossen niemals die Interessen der deutschen Verteid

Der Glaube, daß ein solcher Weltkrieg den inneren aus dem Amt (den Zustand vorher) überläßt lassen könnte, läßt sich in der äußeren, wird es dann in der inneren Politik und Ganzes geben. Und dann wird man sich leicht darüber wundern, daß der Abbau des Dreiklassensystems schon während des Krieges als eine Aufgabe sogenannter "staatssichernder Politik" nicht erkannt wurde.

#### Beleidigung des amerikanischen Botschafters.

Mit welchen Mitteln eine gewisse Gesellschaft in den schicksalshorrenden Tagen gearbeitet hat, um eine Entwicklung in ihrem Sinne herbeizuführen, darüber möchte der amerikanische Botschafter Gerard einem Mitarbeiter der Berliner Nationalzeitung einige sehr bemerkenswerte Angaben, der Botschafter sagte:

Offiziell und nichtöffentlicht hat man mir ohne den Schein eines Beweises in diesen Tagen nachgefragt, ich lege meine Reaktion so entgegenkommen, wie sie mögliche, der Krieg sei unabwendbar, denn ich wolle ihn. Man sagt mir noch, ich habe eine Waffefabrik in Amerika und hätte also mein Interesse am Krieg. Man hat sogar die Dreistigkeit gebaut, die Frau Kronprinzessin zu schreiben, meine Frau hätte Orden, die ihr der Kaiser verliehen hat, ihrem Ende umgehängt und diesen Hund über die Linden geworfen, und was vergleichbare Riederrichtigkeiten sind. Ich bin über diese Lügen nachrichten höchst wütend, und ich konstatiere, daß solche Verleumdungen nicht Art sind, durch die man Freunde machen kann.

Wir sind keine Freunde von politischen Verfolgungen. Wenn man aber die politischen Prozeße in Deutschland nicht einzustellen will, so versuchen wir nicht, wie man an folgenden Kreisreihen achseln vorübergehen kann. Hier hat eine kleine Clique den Versuch gemacht, die deutsche Regierung und das deutsche Volk gewaltsam und durch schmutzige Intrige einen Weg zu stoßen, den beide nicht betreten wollen, weil es auf ihm für das deutsche Reich nur Unheil finden.

Wenn der amerikanische Botschafter für die ihm angebotene Beleidigung Genugtuung verlangt, so wird man sie in voller Umfang gewähren müssen. Es ergäbe sich dann die erwünschte Gelegenheit, in gewisse dunkle Winkel des Politik hineinzuleuchten. Die Versuche einiger gemeinschaftlicher Karren, die Gedächtnis des deutschen Volkes über die jedoch aller Verfolgungsmöglichen Instanzen hinweg selbstherklären zu entscheiden, könnten auf diese Weise ein für allemal endgültig gemacht werden.

#### Die Unterstützung der Kriegerfrauen.

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Unterstützungen der Kriegerfamilien bei der jüngsten Zeuerung in keiner Weise gereichen. Die Sozialdemokraten haben deshalb zum Reichsausschuß des Innern den Antrag gestellt:

"Den Herren Reichskanzler zu erfüllen, bei den Bundesversammlungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausreichenden Unterstützung der Familien in den Heeresdienst eingezogene Mannschaften in den Dienstquartieren und Gebieten Beborstätte festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Leistung die zur Erhaltung Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstüzung gesichert wird und von diesen Kriegerfamilien nur abgetragen werden soll, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können."

Der bisher schon für Unterstüzung der Kriegerfamilien an den Bundesversammlungen gewährte Reichsgutsatz ist entsprechend zu erhöhen."

#### Entlassung kriegsuntauglicher Mannschaften.

Das Armeekorrespondenzblatt veröffentlicht folgenden Erkläre-Mannschaften, deren Kriegsunbrauchbarkeit mit oder ohne Verpflegung feststeht, sind nicht länger als unbedingt erforderlich im Dienst zurückzuholen und mittels eines beauftragten Verfahrens seitens des stellvertretenden General-Kommandos zu entlassen. Zur Vermeidung von Verzögernungen der Entlassung ist es geboten, daß sämtliche beteiligten Dienststellen so frühzeitig wie möglich alle Unterlagen beschaffen, die für die Beurteilung der Kriegsunbrauchbarkeit und der etwaigen Verpflegung des Mannes erforderlich sind. Diese Unterlagen sind umgehend dem zuständigen Dienststelle zu übergeben, der ebenfalls für die rechtzeitige Verpflegung aller für die Beteiligung der Kriegsunbrauchbarkeit usw. in Betracht kommenden Unterlagen Sorge tragen muss. Die verfügbare Entlassung darf nicht etwa wegen fehlender Militärparole verzögert werden. In diesem Falle ist es zu Entlassenden ein vorläufiger Ausweis zu erstellen, der später durch den Militär- usw. Vak zu erzeugen ist."

#### Eine Reichsleiterkarte.

Die tägliche Rundschau meldet: Wie wir hören, haben in den letzten Tagen in Düsseldorf Beratungen zwischen der Leitung der Reichsbekleidungsstelle und Vertretern der Textilindustrie stattgefunden, die sich mit der Frage der Verpflegung der minderbemittelten Bevölkerung mit Textilstoffen für die Zukunft beschäftigten. Hierbei wurde die Mitteilung gemacht, daß demnächst eine Kleiderkarte zur Einführung gegeben soll, und zwar als Anweisung für die minderbemittelte Bevölkerung zum Bezug der notwendigsten Kleidungsstücke.

#### Bericht des Fleisch.

Aus Fleinstadt wird gemeldet: Bei den gestern hier untersuchten politischen Haushaltungen bei Fleischermeistern wurden große Mengen verstecktes Fleisch aufgefunden und beschlagnahmt. Die Fleischergeschäfte hatten größtenteils seit acht Tagen ihre Läden wegen angeblichen Fleischmangels geschlossen.

#### Ausland.

##### Rußland.

##### Sukhomlinow verhaftet.

Zur Berichtswürde wird gemeldet: Der Senator Sogorodskij mit der Untersuchung der Angelegenheit des ehemaligen Kriegsministers Sukhomlinow, der den Krieg auch seine Amtszeit als russischer Kriegsminister, der Verschleierung der Arbeit in seinen Berichten und des Hochverrats beschuldigt wird, beauftragt ist, daß Sukhomlinow am 8. Mai in seiner Wohnung aufgenommen. Er erklärte es nach der Vernehmung für notwendig, Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Sukhomlinow zu ergreifen, momentan jedoch zu verhindern. Sukhomlinow wurde am selben Tage in der Peter-Pauls-Burg interniert.

#### Parteangelangelehenheiten.

##### Eine neue Zimmerwalder Konferenz.

Bern, 8. Mai. Die Verner Tagwacht veröffentlicht den Aufruf der zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz an die Welt, mit allen Mitteln für eine rasche Beendigung des Kriegs zu wirken. Unter den Organisationen, welche ihre Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion erteilt haben, werden erwähnt die Sozialdemokratischen Parteien Italiens, der Schweiz, Rumäniens, Russlands, Portugals, Amerikas, Islands, die gewerkschaftlichen sozialistischen Minderheiten Frankreichs, die British Socialist Party und Independent Labour Party Englands, ferner gewisse Parteiorganisationen Italiens, Polens, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands und der deutschen Sozialdemokratie. An der zweiten Konferenz nahmen teil aus Frankreich die Abordnungen Elizion, Margari, Tugenn, Dugoni, aus Italien Brampolini, Morgari, Moligiani, Mutatti, aus Deutschland Adolf Hoffmann, Flechner und aus Serbien Bogler, mit.

Die Nachricht von der Teilnahme des Genossen Flechner an der neuen Zimmerwalder Konferenz berichtet uns von so eigenartiger, als er noch am Tage vor seiner mit Krankheit begründeten Erholungsfreizeit einen Aufruf des Parteivorstandes mit unterzeichnet hat, in dem er sich gegen die gerade von Zimmerwald als propagierter Sonderbeschleunigung mit aller Entchiedenheit wendet. Es war und mitgeteilt worden, daß Flechner an dieser Konferenz teilgenommen habe, aber auf eine persönliche Anfrage des Genossen Wallisch verneinte Flechner seine Teilnahme in entschiedener Weise. Als Genosse Flechner heute die obige Meldung vorgelegt wurde, hat er allerdings angeben müssen, daß er tatsächlich an der neuen Zimmerwalder Konferenz teilgenommen hat. Wir begnügen uns für heute mit der Feststellung dieser Tatsachen.

Dazu bemerkt ich folgendes: Die von mir mitunterzeichnete Erklärung des Bezirksvorstandes steht mit Zimmerwald nicht in Widerspruch. Die zweite Konferenz war, wie ich mich in der Schweiz überzeugte, im Gegensatz vom Standpunkt aus berufen, daß sich die Opposition innerhalb der legalen Parteiorganisation zu betätigen hat. Sie diente aber in der Hauptsache dem Zwecke, Wege zu einer möglichst schnellen Herbeiführung des Friedens zu finden. Als ich unmittelbar nach Schluß des Landtags — über 14 Tage vor der Konferenz — zur Scholung nach der Schweiz reiste, war mir nicht bekannt, wann, wo und von Wertheim eine solche Konferenz in der Schweiz stattfände. Erst in der Schweiz selbst bin ich von dortigen und später aus von deutschen Parteifreunden gebeten worden, die Konferenz zu besuchen. Ich wohnte den Verhandlungen an zwei Tagen bei, reiste ab, als die Kommissionen bestimmt waren, und weiß bis jetzt noch nicht, ob etwas und was beabschlossen worden ist. Das ist zunächst meine Teilnahme vor einigen Tagen betrifft. Hätte lediglich einen in äußeren Verhältnissen liegenden tatsächlichen Grund, das ich auf dem Boden der Zimmerwalder Anschauungen und Schlüsse sehe, habe ich nie verachtet.

Wir überlassen es den Parteigenossen, unsere Feststellungen und die Behauptungen des Genossen Flechner miteinander zu vergleichen und ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Was weiter zu der Angelegenheit gesagt werden mag, wird mit allem Nachdruck an anderer Stelle geschehen.

##### Entlassung eines Vorwärts-Redakteurs.

Der Parteivorstand veröffentlicht unter dem 6. Mai in der Sonntagsnummer des Vorwärts folgende

###### Erklärung:

Kann jemand, der Parteiorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich ausschreitet, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Dersorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?

Bei dieser Frage mußte der Parteivorstand Stellung nehmen, nachdem festgestellt war, daß der Vorwärts-Redakteur Dr. Meier schriftlich und mündlich die Organisationen ausgefordert hat, daß er die Vorschriften der Parteiorganisationen aufgefordert hat, seine Posten als Redakteur des Vorwärts entlassen werden, also die Dersorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?

Antrag der Preiskommission:

Soll Genosse Meier als Redakteur des Vorwärts entlassen werden, weil er im Blatt "Die Leute des 24. März" die Beitragsförderung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat?

Die Kontrollkommission hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai beide Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt. Beide Entscheidungen haben sich gegenseitig auf. Die Kontrollkommission hat damit auf das noch dem Organisationsstatut geltende Mitbeschlussvotum reagiert.

Nachdem die Kontrollkommission sich so selbst ausgeschaltet hatte, mußte der Parteivorstand von neuem entscheiden.

Der Parteivorstand muß dabeibleiben, daß das Amt des Redakteurs am Zentralorgan der Partei ein Vertrauensamt ist und des Inhabers eines solchen auch außerhalb seiner eigentlichen Verantwortlichkeit unter seinen Umständen zur Spaltung der Parteibeiträgen und damit zur Spaltung der Parteiorganisation aufzufordern darf. Der Parteivorstand kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß ein Redakteur des Zentralorgans, der in solcher Weise die Verhinderung der Partei propagiert, auf seinem Posten bleibt. Der Parteivorstand hat deshalb den Pettag des Vorwärts braucht, weiter unter Fortzahlung des Gehalts für die Rundungsdienst von seinem Posten zu entheben.

Die Redaktion des Vorwärts bemerkt zu dieser Erklärung, der Parteivorstand verzichte durch diesen mit einem neuen Organisationsstatut zu verbünden. Es sei völlig offenbar, daß es der Kontrollkommission gar nicht eingefallen sein könnte, sich selbst auszufallen. Sie habe die Entlassung Meiers ausdrücklich abgelehnt und sie habe laut Organisationsstatut die Pflicht, in Streitfällen zwischen Parteivorstand und Preiskommission eine Entscheidung herbeizuführen. Damit sagt die Vorwärts-Redaktion:

Aber selbst, wenn die völlig organisationsstatutwidrige Auslegung des Parteivorstandes zuträfe, hätte der Parteivorstand nicht selbst Recht, sich unter völkerrechtlicher Ausstattung der Preiskommission und ihrer statutarisch verbürgten Rechte als selbstsouveräner Machtfaktor aufzuspielen und eigentlich die Anerkennung unserer Redaktionskollegen auszufordern. Selbst dann wäre der Fall unentschieden, solange bis die Kontrollkommission von neuem einen klaren Entscheid gefällt oder der Vorwärts dersprochen hätte. Natürlich hat unser Kollege Meier sofort die Anerkennungsfähigkeit dieser nach dem Organisationsstatut unmöglich Rundung erklärt. Die Redaktion schließt sich diesem Protest gegen die Willkür des Parteivorstandes an. Sache des Parteivorstandes selbst wird es nunmehr sein, dem Parteivorstand sowohl wie dem Genossen Flechner mit dem durch die Sache gebotenen Nachdruck klar zu machen, daß ihre Kompetenzen nicht weiter gehen, als sie durch das Organisationsstatut der Partei gezogen sind.

Wir selbst können die an der Spitze der Parteivorstände gestellte Frage mit einem glatten Nein beantworten. Wer sich in der durch diese Frage gekennzeichneten Weise außerhalb der Parteivorstände stellt, sollte selbst die Konsequenzen aus seiner Stellungnahme zu ziehen wissen.

#### Handel und Industrie.

##### Aufsummarisch in der chemischen Industrie.

Bereits seit einer Reihe von Jahren bestehen in der chemischen Industrie mehrere Interessengemeinschaften der jüngsten Werke. Vor allem treten die beiden großen Gruppen hervor, von denen die eine durch die Badischen Anilin- und Soda-fabriken, die Elberfelder Farbenfabriken und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die andere durch die Höchster Farbenwerke, die Caisse d'Epargne u. Co. GmbH. und die Aktiengesellschaft Kalle u. Co. gebildet wurde. Zwischen diesen beiden Gruppen ist nur wiederum ein Interessengemeinschafts-Verein abgeschlossen worden, sodass der neuen Interessengemeinschaft die Chemischen Fabriken vormals Wallersee unterstehen. Der Gewerbe in diesem Zusammenschluß ist, wie die Verwaltungen der beteiligten Gesellschaften erklären, der Erfahrung entwegen, daß die deutsche chemische Industrie und nahezu die gesamte Industrie in der Zukunft besonders schwierige Verhältnisse zu begegnen haben wird. Nicht allein mit den direkten Verlusten durch die gewaltigen Aufwendungen im feindlichen Ausland und durch das unzureichende Geschäft der ausländischen Fabriken, an denen sie beteiligt sind, haben die Werke zu rechnen, mehr noch mit den Folgen der mächtig einsetzenden Konkurrenzbestrebungen des Auslandes. — Die badischen Anilin- und Soda-fabriken verteilen für 1915 eine Dividende von 20 gegen 19 Proz. im Vorjahr, ebenso gefestigt ist die Dividende der Elberfelder Farbenfabriken. Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation zahlt eine Dividende von 18 gegen 16 Proz. im Vorjahr, bei den Höchster Farbenwerken beträgt die Dividende wie im Vorjahr 20 Proz. Mit Rücksicht auf die neu geschlossene Interessengemeinschaft steigen die Höchster Farbenwerke zu einer Vermehrung ihres Aktienkapitals um 4 auf 34 Mill. M.

#### Neues aus aller Welt.

##### Zusammenstoß zwischen Omnibus und Straßenbahn.

Die Berliner Morgenblätter melden: Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnen und einem Omnibus an der Kreuzung der Anhalter und Königsgräber Straße wurde der Omnibus in zwei Teile gerissen und die Fahrgäste in weitem Bogen auf die Straße geworfen. Ein Passagier wurde schwer verletzt, verschiedene andere leicht. Nach allgemeinem Urteil der Augenzeuge soll der Straßenbahnhülfere durch zu schnelles Fahren den Unfall verhindert haben. Der Hülfere behauptet, die Bremsen habe veragt.

##### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

###### Ostsee-Hauptquartier, 7. Mai 1916.

###### Weißlicher Kriegsschauplatz:

Weltlich der Maas wurde die Geschäftshandlung auch gestern nicht zu Ende geführt. Besonders war die Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig. Gestern des Maas ist in der Frühe ein französischer Angriff in Begleitung des Geschütz Thiamont gescheitert.

Au mehreren Stellen der übrigen Front wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen; eine deutsche Patrouille brachte südlich von Biens einige Gefangene ein.

###### Weißlicher Kriegsschauplatz:

Russische Torpedoboote beschossen heute früh wirkungslos die Nordküste von Rußland zwischen Rothen und Mortschen.

###### Vulkan-Kriegsschauplatz:

Russische Kriegsschiffe beschossen heute früh die Küste von Biens einige Gefangene ein.

###### Richter-Kriegs.

###### Ostsee-Heeresleitung.

##### Letzte lokale Nachrichten.

Schwerer Straßenbahnhaf. Ein schwerer Straßenbahnhaf trug sich heute vormitig in der ersten Stunde auf dem Neustädter Markt zu. Ein von Vorstadt Plauen kommender Straßenbahngürtel raste 15. der Seite eine Klappe der Friedrich-August-Gasse hinab, kam in der Weiche plötzlich zur Entgleisung und fuhr gegen einen elektrischen Straßenbahnmast mit voller Wucht an. Dieser stürzte ein verschonteter Hilfschaffner, der auf dem Bordstein stand, auf das Gleis hinab und geriet unter die Räder. Ihm wurde der linke Arm vollständig vom Amputat getrennt. Mehrere Fahrgäste wurden bei dem Zusammenstoß mehr oder weniger schwer verletzt. Als Ursache wird das Nichtfunktionieren der breitigen Wege angegeben.

Großfeuer. Ein großes Großfeuer rückte heute früh 12 Uhr 25 Minuten nach einem Großfeuer, Hambrückstraße 10, ab. In der Metallhandlung und Hambrückstraße der Alten Schule brannte ein großer Schuppen in seiner ganzen Ausdehnung. Der Inhalt an Antikalien, Metallwaren und Holzern wurde durch das Feuer vernichtet bzw. stark beschädigt. Heute ist der Holzhofraum mit Einsicht völlig ausgebrannt und auch sonst großer Sachschaden entstanden. Das Feuer wurde mit sechs Löschern von Straßenfeuerwehrn und einem Lösch von der Wasserpumpe gelöscht. Die Feuerwehr ist zur Zeit auf der Brandstätte noch mit Aufräumarbeiten beschäftigt.

#### Telegramme.

##### Bericht.

+ Kopenhagen, 8. Mai. (Wiedergabe des norwegischen Telegraphen-Bureau.) Der Dampfer Rondane von Rostock landete gestern die acht Mann starke Besatzung von einem norwegischen Schlepper Schonar Rostad, welcher am Freitag von einem deutschen U-Boot torpediert wurde. Die Mannschaft befand 15 Minuten Zeit, um in die Boote zu gehen. Da aber die See stürmisch war, baten sie, in das Boot aufgenommen zu werden, was gelobt. Schonar wurde die Mannschaft an Bord des norwegischen Dampfers gebracht.

##### Türkischer Bericht.

+ Konstantinopel, 7. Mai. Bericht des Hauptquartiers vom 7. Mai: Von der Anat. und Kaukasusfront ist nichts Wichtiges zu melden. Am 6. Mai waren zwei schwere Flugzeuge zehn Bomben auf ein im Roten Meer bei Alabat liegendes Schiff und versetzten einen Soldaten tot. Auf der Höhe von Jubros bewachten ein Monat und ein Monat unterstellt durch die Beschaffung der Flugzeuge, mischten sie die Kavallerie von Zeddil-Bahri mit 40 Geschossen. Eines unserer Flugzeuge traf durch zwei Bomben den feindlichen Kreuzer.





Montag den 8. Mai 1916

## Dresdner Volkszeitung

sicher beachtenswert und der vorgeschlagene Weg zweitmöglich. Zu erwägen wäre, ob nicht die Stadtverwaltungen in den Mitteilungen an die Presse wiedermal oder mehrwiederlich eine Höchstzulassungsermächtigung veröfentlichen. So gut wie jeder seinen Kalender aufbewahrt, kann er auch 8 bis 14 Tage lang die jeweilige Höchstprüferüberprüfung aufbewahren.

## Die Produktionsgenossenschaft der Schneider

für Dresden und Seehausendorf steht dieser Tag über Meierabrechnung für das Geschäftsjahr 1915 im Dresdner Rathaus. Die Genossenschaft reicht nun 25 Jahre, und beginnt aus diesem Anlaufe der gestalt vorliegende Geschäftsbereich mit einem kurzen Rückblick auf die vorliegende Entwicklung. Anfang zur Gründung gab ein Stütz der Dresdner Schneider im Jahre 1901, um die noch damals verlaufende schwache Existenz gelegten und vorstossen gemacht. Seitdem wurde eine rasche Entwicklung zu einem kleinen Betrieb mit finanziellen Schwierigkeiten zu tun. Zweimal wurde ein Zehntertrag der Bilanz durch Abrechnung von den Mitgliedsbetrieben gebildet. In den letzten Jahren fand jedoch eine erhebliche Entwicklung ein. Der Umsatz, die Steigerung mit durch den Krieg eine Unterbrechung erfuhr, kehrte in beiden Betrieben in den Jahren 1912 75.000 M., 1912 302.000 M., 1913 390.000 M., 1914 312.000 M. und 1915 302.000 M. Die angefallenen Kosten betrugen 1912 290.000 M., 1912 22.700 M., 1913 35.000 M., 1914 47.000 M. und 1915 68.000 M.

Weiter Einfluss auf den Krieg auf das Geschäft hatte, bemüht der Rückgang des Umlages in der Industrie um 10.000 M. Dieser Aufschwung konnte nur ausgleichen werden, indem es möglich war, im Betriebsjahr noch für rund 165.000 M. Arbeiten in Zuschuss- und Treibstofflieferung für den Herrscher auszuholen. Es fanden dadurch nicht nur unsere handigen Arbeiter beschäftigt, sondern auch noch neue herangezogen und dadurch der Arbeitslosigkeit entzogen werden. Für diese Arbeiten bezahlte die Genossenschaft erheblich über die vom Belegschaftsamt festgelegten Lohnsätze.

Die Jahresabrechnung bilanziert mit 125.000 M. was sichen den in gleicher Höhe vorhandenen Betten Verhältnisse von 42.000 M. gegenüber. Vom Ware, Wochinen und Inventarstock wurden 14.178 M. abgeschrieben, so dass ein Gewinn von 19.785 M. verbleibt, der wieder dem Reserve-, Bau- und Personalaufzehrungsfonds überwiesen wurde. Am Ende wurden bezahlt für Absatz 67.250 M. und für Militärabzug und Steuern und Versicherungen 7356 M.

Das jährliche Personal waren am 31. Dezember 1915 19 Personen zum freieservice eingezogen. Nur die Familien der Eingesetzten wurden im Betriebsjahr 1915 M. aus dem von der Genossenschaft nebst den Unterhaltungsfonds bezahlt. Begrenzt beträgt die laufende Unterstützung 384 M. monatlich. Ferner erstellt jeder Eingesetzte als Wehrmachtsgebie einer kleinen Geldberatung und Liebesgaben. — Im Betriebskonto erfolgten für beide Betriebe wichtige Veränderungen. Im Seehausendorf bot sich Gelegenheit, für den dritten Betrieb ein geeignete Fabrikgebäude zu mieten, in Dresden füllte das Geschäft nach dem Volksaufbau über. Die neuen Räume beider Betriebe sind groß, hell und so angelegt, dass sie den hinzischen Anforderungen in jeder Weise entsprechen.

Die Jahresabrechnung sowie der Gemeindeverteilungsplan wurden einstimmig genehmigt, die ausstehenden Auftragsabschließenderklärung wiederhergestellt. Zum Abschlussbericht der der Ausschussrat die Erfüllung ab, das Beamtentum in der Geschäftsführung nicht zu machen sind und doch die Verträge mit der Bevölkerung schließen, die Bevölkerungsliste der Genossenschaft ist eine gute, wenn sie wurde noch beschlossen, den im Betrieb befindlichen Mitgliedern und Arbeitern aus Anlass des Rückkehren Belehrung der Genossenschaft eine einmalige Unterstützung zu geben. — Die Entwicklung der Genossenschaft war auch während des Krieges aufzufeststellen. Die Ausgaben für die Zukunft sind jedoch wegen der Knappheit und der enormen Leistung der Waren nicht das besten. Das ist zu hoffen, gelingt auf das gesunde Fundament der Genossenschaft, alle sich ergebenden Schwierigkeiten überwinden zu können.

## Der Erfolgsmittel-Schwindel

blüht in der jetzigen Zeit des Mangels an Lebensmitteln besonders üppig. Oft wurde schon darauf hingewiesen. Jetzt wird amtlich dazu gebracht: Die durch den Krieg erzeugte Knappheit an Lebensmitteln hat es mit sich gebracht, dass eine Menge Erkämpfparate auf den Markt geworfen wird, deren Nährwert und Preiswürdigkeit vom laufenden Publikum nicht nachgeprüft werden kann. Wurstschreinerei, den Tafeln oft nicht entsprechende Anprüfungen, um dann das irgende, das Publikum zu täuschen und zu täuschen zu verleiten, die wohl die Täucher des Hersteller füllen, dem Käufer aber keinen Nutzen und nur in seltenen Fällen den angeprahlten und erwarteten „Erfolg“ für Lebensmittel bringen. Die von Sachverständigen vorgenommenen chemischen Untersuchungen vieler derartiger Erzeugnisse, wie Eierkak, Einweierkak, Butterkak, Milchkak, Gulaschkak, Salatkak, Butterkak, Fleischkak, Fettkak, haben ergeben, dass ihr Nährwert meist nur gering ist. Es kommt ihnen nur ein gewisser Verwendungswert und bestens ein recht befriedigender Genusswert zu. Wie wenig zutreffend oft die Anprüfungen derartiger Erzeugnisse sind, geht — um nur ein Beispiel herauszuziehen — daraus hervor, dass die verschiedenen Eierkakpulver nach der chemischen Untersuchung fast ausschließlich aus Maisstärke, Kartoffelmehl und einem Teigmittel bestehen, während sie nach der Aufzehrung der Verpackung Hühnerlei „erfolgen“ sollen. So kommt, dass der hohe Preis der Erzeugnisse infolge der kostspieligen Verpackung und der Reklamekosten meist außer jedem Verhältnis zu ihrem geringen Wert steht. Ganz besonders gilt dies von Salatkak, für den nach einer auf eingehender Prüfung beruhender Feststellung der Kreisprüfungsstelle Elberfeld nur ein Bruchteil des geforderten Preises als angemessen zu erachten ist. Die bisher weit höheren Preise für Salatkak enthielten einen übermäßig hohen Gewinn. Selbstverständlich wird gegen solches strafbare Taten von den Behörden eingedrungen. Es wäre aber gut, wenn auch die Käfer gegenüber den immer wieder in neuer Form angebotenen angeblichen Erzeugnissen, die noch nicht geprüft und als wertvoll angesehen sind, eine Vorhabe beobachteten, die schon die Rücksicht auf den eigenen Geldbeutel zur Pflicht machen sollte. Wie das Ministerium des Innern hierzu noch mitteilt, gehören zu den Salatkak-Erfolgsmitteln, die trotz ihrer Wertlosigkeit zu einem verhältnismäßig hohen Preis im Handel angeboten werden, auch der von der Firma A. Knoblauch in Dresden-R. Katharinenstraße 13, vertriebene Salatkak-Erfolg „Vifant“ und der Straße 5.

## Schutz vor Nachtfrost.

Das ungewöhnlich warme Aprilwetter hat manchen Gartenfreund verloren. Auszäunen und Pflanzungen früher vorgenommen, als dies in Rücksicht auf die noch zu erwartenden Frostnächte ratsam war. Es gilt jetzt der dadurch geschaffenen Gefahr zu begegnen. Solange am Tage die jetzige sommerliche Wärme herrscht, ist in den Nächten keine Frosttemperatur zu erwarten, oft aber tritt in dieser Jahreszeit eine plötzliche Abkühlung ein, die es ermöglicht, dass die Temperatur während

der Nacht unter 0 Grad sinkt, wodurch erhebliche Schädigungen der Blütenpflanzen verursacht werden können. Besonders gefährdet sind: die Blüten der Obstbäume und Erdbeeren, sowie die Frühkartoffeln und vorgezüglich gepflanzte oder gejagte Bohnen, Gurken und Tomaten. Über niedrige Obstbäume kann man Zettel von leichten Stoffen, wie Packpapier, machen, selbst dichte Gardinen schützen. Wo solche Schutzbekleidungen nicht anwendbar sind, so macht man einige Stunden vor Sonnenaufgang zwischen den Bäumen idyllende Feuer, indem man aus brennende Holzscheite Gras und naßles Laub oder Stroh legt. Solange die Blüte von den Haushaltswaren eingehüllt werden, in eine Frostbeschädigung nicht zu befürchten. Blühende Erdbeerpflanzen werden am besten mit dichtenreichen Papier oder oben erhabenen leichten Stoffen überdeckt. Daselbe gilt von Kartoffeln, Gurken, Bohnen und Tomaten, es muss nur durch Umstechen der lebendigen Pflanzen mit kleinen Stäben verhindert werden, dass durch die Wärme des Sonnenlichts die Blüten abbrechen. Frühkartoffeln können außerdem bei Eintritt stärkerer Witterung so stark angebaut werden, dass nur die äußeren Blattstücke noch eben heraussehen. Die gefährlichsten Zeiten sind erfahrungsgemäß die Nächte vom 12. bis 15. Mai.

Beizubringen in Lebensmittelfragen werden am besten die Kreisprüfungsstelle im neuen Rathaus, Zimmer 230, gerichtet. Diese Stelle ist u. a. damit betraut, derartige Anzeigen zu bearbeiten, nachzuprüfen und das Rötige daran hinzu verhängen. Wer Beschwerde führt zu müssen glaubt, tut dies zweckmäßig schriftlich unter genauer Angabe des Angeklagten, des eigenen Namens und aller derjenigen Einzelheiten, die eine erfolgreiche Behandlung der Anzeige ermöglichen. Bloße Vermutungen führen zur Vermeidung unnötiger Arbeit zu unterlassen. Von dem Namen des Beschwerdeführers wird, soweit sich die Sache durch Verhandlungen an Antstelle regeln lässt, sein Gebrauch gemacht. Nur wenn eine Bestrafung des Beschuldigten herbeigeführt wird, sei es durch Strafverfügung oder vom Gericht, muss der Angeklagte unter den Beweismitteln, also als Zeuge, genannt werden. Benenkt sei noch, dass telefonische Mitteilungen nicht angenommen werden können und dass auch mündliche Anzeigen im allgemeinen unzweckmäßig sind. Eine kurze mündliche Anfrage ist natürlich zulässig. Rechtsauskünfte allgemeiner Art können dagegen nicht gegeben werden.

**Kriegsgewinne.** Unter den Betrieben, die während des Krieges viele Gewinne machen, befinden sich auch die Vereinigten Eisengießereien Werk e. A. Aktiengesellschaft. Am 1. Mai abgehaltenen Ausschüttungs-Sitzung wurde der Abschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr 1915 vorgelegt. Es wurde beschlossen, nach Vornahme rechtlicher Abstreichungen und Stellung einer Kriegs-Reserve von 90.000 M., sowie nach Rückstellung von 100.000 M. auf die Österreichischen Eisengießereien G. m. b. H. in Linz, der auf den 26. Mai anstehenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent auf die Stammaktien, 5 Prozent auf die Vorzugaktien und 15 M. auf jeden Genossen vorauszuschlagen. Der noch Abzug der vertragsmäßigen Renten und Zuwendungen an den Beamten- und Arbeiterfonds in Höhe von 70.817 M. sowie 5000 M. an den Dispositionsfonds verbleibende Restbetrag von 202.902 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

**Warnung vor Schwindselsteinen.** Vom Wohlfahrtspolizeiamt wird uns folgendes geschrieben: Als eine bedauerliche Folge des durch die verhinderte Fettzufuhr bedingten Zeigenganges zeigt sich in zunehmendem Maße das Auftreten von Waschmitteln, die als Seife angeboten werden, aber lediglich den Namen Schwindselsteinje verdiennen. Während eine Kneipe mittlerer Güte 60 bis 70 Proz. fettiges Alkali, d. i. Kleinstein, und eine normale Schwinselje etwa 35 bis 40 Proz. Kleinsteinje enthält, finden sich nach den Feststellungen des Chemischen Unterlaboratoriums jetzt sogenannte Kleinsteinen mit 15 Proz. und sogenannte Schwinselje gar mit nur 2 bis 3 Proz. wirklicher Seife im Handel. Der Preis von 80 bis 22 Proz. vor Wasser! Es ist klar, dass derartige Schwindselprodukte auch bei sehr niedrigen Preisen viel zu teuer sind, da ihr tatsächlicher Wert nur den 1. bis 10. Teil des Preises einer Seife beträgt. Wer sich also vor Schaden bewahren will, tut gut, lieber die teurere Seife der hiesigen reellen Fabrikanten zu kaufen, sie möglichst sparsam zu verwenden und den Rest durch Soda zu ersetzen.

**Ausgabezeitung mit Zittau.** Während des Sommersaftplanls ist an Eisen- und Zellulose ein beschränkter später Abzug mit 3. Wagenlasten von Zittau über Bischofswerda nach Dresden-Hauptbahnhof eingerichtet worden, der Zittau 10.25 verlässt, 1.06 bei Dresden-Reußland und 1.16 in Dresden-Hauptbahnhof eintrifft. Der Zittau, der vorläufig als Sonderzug verkehrt und deshalb in öffentlichen Ausgangslokalen keine Aufnahme gefunden hat, ist zwar vorläufig für militärische Militärkundschafter nach Dresden und Königsberg (am 1.40) bestimmt, er kann aber auch von Besuchern des öffentlichen Verkehrs benutzt werden. Das Näherte über die Verhältnisse ist aus den auf allen Verkehrsstellen der Linie Zittau-Dresden angebrachten Aufhängen zu erkennen.

**Selbstmord** verübten am Sonntag der in der Großenhainer Straße wohnhafte 46 Jahre alte Arnold Alexander Börmann und der 49 Jahre alte Schuhmacher Hanke durch Erhängen, letzterer in seiner Wohnung, Palmsstraße 23.

**Zeitung.** In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist der Betrieb von Gotha-Mittel auf der Gambrinusstraße niedergebrannt.

## Aus der Umgebung.

**Briesnitz.** Mittwoch den 10. Mai, abends 7½ Uhr, fiel bei Dorfstraße 3 im Gemeindeamt öffentliche Sitzung des Gemeindeausschusses statt.

**Gossebaude.** Die Karten über Teigwaren werden morgen Dienstag, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, in der Schulturnhalle ausgegeben. Bis zum 15. Mai hat der Karteninhaber unter Abgabe der Karten in dem Geschäft, in dem er die Waren einkauft, den Warenbezug anzumelden. Die Aufteilung erfolgt später. Zu gleicher Zeit werden für Kinder unter sechs Jahren und Kraute Grießkarten ausgegeben. Eine Karte berechtigt zum Bezug von 1½ Pfund. Auf Abschnitt 5 der Lebensmittelkarten, 542 aufwärts, werden im Butterzucker von Grosche drei Eier verkauft. Preis für ein Stück 22 Pf. Abzähln 5 der Karten verfällt mit dem 10. Mai.

**Riegelbrück.** Der Verkauf des durch die Gemeindeverwaltung beschafften Petroleum wird vom 1. Juni an einge-

setzt. Einigen Bedarf sollte man bis zu dieser Zeit bedenken. Eine der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellte größere Feldfläche soll gegen Zahlung eines möglichen Boden- jahres verpachtet werden. Auskunft erteilt das Gemeindeamt.

## Gerichtszettelung.

## Landgericht.

Ein Dienstbotenparadies.

Beginn falscher Anzeigendung hatte sich die 15jährige Reichsschulreifebeschreiberin Friedenberg in Rödern an. Broda zu verantworten. Nach der Anklage hat sie am 13. Dezember 1915 bei der Amtsgerichtsstation Radeburg willentlich falsch ihr Dienstmädchen W. als Dienstleistungsbeschuldigt. Das 17jährige Mädchen sollte am 2. Dezember früh 9 Uhr antreten. Sie kam aus Görlitz und war rechtzeitig da. Auf unerhebliches Klingeln an der mit großem Garten umgebenen Villa der Angeklagten wurde sie nicht gedrosselt. Darauf ging sie, da es an dem Tage sehr kalt war, zu ihrer Strafe hin und her, um zu wieder einmal Klingeln. Um 11 Uhr kam die „Madam“ mit einem Brief und wollte zur Polizei. Sie schaute das Mädchen an, weil es nicht zeitig gekommen sei und nannte es dabei auch einen „Gebrechen“. Nachdem die M. den Brief zur Post gebracht hatte, wurde sie eingelassen und ihr nach einer längeren Standrede mitgeteilt, dass sie zur Strafe in der kalten Küche bleiben müsse. Das Mädchen trug einen Reißverschluss und eine Kostüm, die in ihrer Kammer untergebracht wurden. Der Gang in die Kammer befand sich direkt im Haustür und das war der Grund, warum die M. nachdem sie einige Tage dort war, ihre Kammer frischlich und den Schließfach abgeschlossen. Die Behandlung sowie die Kost war bei der Friedenberg ebenfalls, doch die M. ihren Vater benannte, der auch kam und mit der Friedenberg sprechen wollte. Er wurde aber nicht eingelassen. Beginn unruhige Behandlung ging die M. am 9. Dezember fort und brachte sich zu ihren Eltern. Am 10. Dezember ging der Vater in Begleitung seiner Tochter zur Friedenberg, wollte eine Aussprache herbeiführen und ebenfalls auch die Sachen seiner Tochter holen. Es wurde auf vielmehr Klingeln wieder nicht geöffnet. Der Vater begab sich auf die Gemeindeamt und bat den dort ansässigen Oberstaatsanwalt, er sollte doch einmal mit zur Friedenberg gehen. Nachdem die Beute gehabt hatte, um was es sich handelte, wurde dem Vater gesagt, dass die Friedenberg an Amtsstelle schon längst bekannt sei, weil sie viele Differenzen mit ihren Dienstboten hätten. Es sei ein großer Wunder, dass sie immer wieder Freude hielten. Dem Vater wurden sogar Vorwürfe gemacht, dass er sich nicht erkenntigt habe, ehe er seine Tochter zur Friedenberg gehen ließ. Auf mehrfache Bitten W. schickte er aber einen Hilfsanwalt mit. Als M. in Begleitung des Beamten vor der Villa der Friedenberg erschien, wurde das mehrfache Klingeln nicht geöffnet. Diese Reaktion hatte der Hilfsanwalt schon vorausgesetzt. M. begab sich nun nochmals auf das Gemeindeamt zum Richter, gab dort die ihm von seiner Tochter eingeschätzten Kommentarien ab. Über die ganze Sache wurde ein Protokoll aufgenommen. Auch an diese Amtsstelle wurde dem Vater ein Brief über die Eigenschaften der Friedenberg als „Dienstleister“ aufgestellt. Nach einigen Tagen wurden Vater und Tochter von der Polizei nach Rödern zurück an Durchsuchung der Sachen der M. bestellt. Es war mittlerweile die Sachen eben entnahmen. Anzeige der Friedenberg eingegangen, nachdem ich von der M. ein Kopftuch überzeugt und eine Brosche gegeben worden seien. In Begleitung von zwei Landgerichtsräten wurde nun die Durchsuchung vorgenommen. Im Bett, halb abendaus, lag unter der Decke, lag der Kopftuchüberzug, Schnupftuch. In dem Bettvorleger, abendaus, lag die Brosche. Weiter unten fand sich in Papier eingewickelt noch keine der Friedenberg gehörige Brosche, welche gleichzeitig verloren wurde. Vater und Tochter sprachen sofort beim Dehnen des Körpers ihre Verwunderung aus, wie lieblich die Sachen in dem Korb lagen. Das Mädchen verschwieg schon beim Durchsuchen, neben dem Überzeugen, noch die Brosche jemals in der Hand gehabt zu haben. Die Charakterisierung der Angeklagten blieb noch die Vernehmung eines 21jährigen Mädchens R., die ebenfalls dort in Friedenberg wohnt und ein volles Jahr nach ihrem freiwilligen Wegzug noch keinen Diensthalb angezeigt worden ist. Auf dem Gemeindeamt Rödern ist ein besonderes Amtsblatt über die Friedenberg und ihre Dienstbotendifferenzen angelegt, aus dem der Vorlesende verschiedene vorlas. Der Vater behauptete, dass die Dienstboten von anderer Seite in den Friedenbach geschwungen worden sind. Vom Belegschaften wurde angezeigt, dass man, trotz Beschwerde des Vaters, die Verhinderung aus, wie lieblich die Sachen in dem Korb lagen. Das Mädchen verschwieg schon beim Durchsuchen, neben dem Überzeugen, noch die Brosche jemals in der Hand gehabt zu haben.

Bei wenig Gehalt.

Bei dem hiesigen Reichsanwalt Dr. Mendel war als Bevollmächtigte die Angeklagte Johanna Gertrud Gläsel tätig. Sie befleißte die Siedlung seit 1. April 1915 und erhält dafür ein Gehalt von 60 M., fehler noch weniger. Bei den Diensteingängen von den Häusern, deren Verwaltung mit in ihr Rechte kommt, soll sie noch und nach 1500 M. unterschlagen haben. Die Angeklagte gab an, dass dem Gehalt nicht entsprochen zu sein. In seinem Schlusswort bestätigte der Staatsanwalt selbst das Gehalt für eine solche Stellung als sehr niedrig. Das Urteil kommt auf sechs Monate Gefängnis und Publikation des Urteils im Amtsblatt für Rödern-Broda verurteilt.

## Jugendstrafammer.

Befreiter Klub und schwerer Diebstahl.

Der 17jährige Arbeitsschüler Reinhold Georg Dubrau hat schon viel Vergnügung erregt. Am meisten hatte seine Mutter um ihn zu leben, da er sie mit den rohesten Reden und Schimpfworten bedrohte. Das war auch der Grund, warum er nach Verdächtigung seiner leichten Strafe in die Fürsorgeanstalt Marienhof gebracht wurde. M. war er von dort entzogen und kam nach Hause. Er wieder in die Anstalt zurückzuführen. Zum Scheine versprach er es auch. Dann gab die Mutter dem Vater dem 14-jährigen Bruder 45 M. zu verschiedenen Verpflegungen. Als die Mutter den Rücken gewendet hatte, über seinen Bruder her und entzog ihm seine Kleider. Gegen das Gesetz. Da kam die Mutter dazu. Sie entzog ein Kleid zwischen Mutter und Sohn. Die Mutter ward zu Boden geschlagen und rief um Hilfe. Sie ward ihr in einer handfesten, resultatenlosen Auseinandersetzung, die sie mit dem Sohn verlor. Schließlich wurde der Sohn von der Mutter weggeschafft. Einem anderen Kindern, das ebenfalls zwischen Mutter und Sohn stand, wurde die gleiche Behandlung widerfahren. Der Vater schimpfte auf die Mutter und rief: „Du bist eine dumme Kuh.“

Der 17jährige Arbeitsschüler Reinhold Georg Dubrau hat schon viel Vergnügung erregt. Am meisten hatte seine Mutter um ihn zu leben, da er sie mit den rohesten Reden und Schimpfworten bedrohte. Das war auch der Grund, warum er nach Verdächtigung seiner leichten Strafe in die Fürsorgeanstalt Marienhof gebracht wurde. Von dort aus ging er an das Haus, wo seine Mutter wohnt. W. Klingelte hier zwei volle Stunden; es wurde ihm aber nicht geöffnet. Dann beschloss er sich nach der Gastwirtschaft, wo er vorher gewesen war. Die Wirtin war sehr freundlich und ließ ihn herein. Er kauft eine Bierkrug im Vereinszimmer, erbrachte die Tür nach der Gastwirtschaft und verließ sie. Auf einem Stuhlkissen entzündete er ein Zigarettenmarke. Zigaretten, Zigaretten, etwas Bargeld. Eine Zigarettenmarke zu erkennen. Dann verließ er auch in der Verhandlung ziemlich dreist auftretende Jüngling wurde in drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.



Montag den 8. Mai 1916

**Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.****Gewerkschaften und Parteistreit.**

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks Königsberg-Südost hat in einem Beschluss das Beziehungen der Parteileitungen in die gewerkschaftlichen Organisationen bedauert, weil diese zu ihrer Erfüllung nicht verhelfen füßen und durch solche Einflüsse in das ausschließliche Arbeitsgebiet der politischen Parteienpartizipanten die geistliche Zusammenarbeit aller Zweige der Arbeiterbewegung gefährdet werden könnte. Sie verurteilte den Willen von gewerkschaftlichen Organisationen einzufließen zur unerlässlichen Voraussetzung einer Parteideitung, mit es leider aus in Königsberg erfolgt sei.

Die Königsberger Gewerkschaftsvorstände haben hierzu mit 30 gegen 14 Stimmen bei zwei Stimmabstimmungen beschlossen:

Die Vorstände der Königsberger freien Gewerkschaften protestieren gegen diese Unterstellungen und erläutern die gegen die Gewerkschaften erhobenen Beschuldigungen für unrichtig und unzutreffend. Die theoretische Aufführung über politische Zeit, untersagt die Gewerkschaften ihr ausschließlich Recht der Parteideitung. Sie verurteilen die Gewerkschaften zur unerlässlichen Voraussetzung einer Parteideitung, mit es leider aus in Königsberg erfolgt sei.

Die Gewerkschaften und Parteistreit.

Die Vorstände der Königsberger freien Gewerkschaften protestieren gegen diese Unterstellungen und erläutern die gegen die Gewerkschaften erhobenen Beschuldigungen für unrichtig und unzutreffend. Die theoretische Aufführung über politische Zeit, untersagt die Gewerkschaften ihr ausschließlich Recht der Parteideitung. Sie verurteilen die Gewerkschaften zur unerlässlichen Voraussetzung einer Parteideitung, mit es leider aus in Königsberg erfolgt sei.

Die Gewerkschaften und Parteistreit.

Die Gewerkschaften und Parteistreit.